



Parteiprogramme im Praxistest

Welche Parteien setzen sich für ein bezahltes Praktikum ein, wer setzt weiter auf Atomkraft und wer will sie wann und wie abschaffen? Wie sieht es aus in Sachen Hochschulzugang, Studienbeiträge, BAfög und Bildung im Allgemeinen? All diese Fragen beantwortet *back view* in einem Praxistest der Parteiprogramme.



Hochschulzugang

keine Änderungen geplant

Zugang zu Hochschulen für Meister, Techniker und andere ausgebildete Berufstätige

keine Änderungen geplant

Zugang für Nicht-Abjururten und Berufstätige

Offener Zugang mit einem bundesweiten Gesetz

Studienbeiträge

keine Abschaffung geplant

gebührenreies Erststudium (Bachelor)

keine Abschaffung geplant

Abschaffung der Studiengebühren

Abschaffung der Studiengebühren

BAfög

keine Änderung geplant

Förderung von Teilzeit und weiterbildenden Masterstudien; Anhebung der BAfög-Absgrenzen

Zusammenführung von BAfög und Studienkrediten, um auch Nicht-BAfög-Beschäftigte besser abzusichern

Einführung eines Zwei-Säulen-Modells für BAfög (Grundbeitrag + Zuschlag für Bedürftige)

Ausbau des BAfögs, Anpassung der Höchststeuer an durchschnitliche Studierzeit

Bildung

bis 2015 sollen 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung gehen

Bildungszuschlag auf hohe Einkommen sollen Bildungsausgaben finanzieren

Ausbau der Fachhochschulkapazitäten in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Schaffung von 500.000 neuen Studiengängen, Finanzierung über einen "Bildungs-Fond"

Öffentliche Bildungsaufgaben auf mindestens 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen

Praktika

keine Änderung geplant

rechtlich bessere Absicherung von Praktikanten

keine Änderung geplant

Vergütung von mindestens 300 Euro monatlich

Vergütung von mindestens 300 Euro monatlich

Atomkraft

Kernenergie als Übergangstechnologie, Verlängerung der Laufzeit von sicheren Anlagen

Ausstieg bis 2021

Kernenergie als Übergangstechnologie, Verlängerung der Laufzeit von sicheren Anlagen

Ausstieg und schrittweilige Stilllegung der Atomreaktoren

Ausstieg geplant

Gen-technik

Entscheiden der Sorgen der Bürger, keine unnötigen Risiken

Ausweitung der Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln

keine Stigmatisierung von grüner Gentechnik, freie Forschung

Ablehnung von gentechnisch veränderten Pflanzen

Verbot von Agro-Gentechnik, Ausweitung der Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln

Mindestlohn

kein gesetzlicher Mindestlohn

gesetzlicher Mindestlohn (mindestens 7,50 Euro)

kein gesetzlicher Mindestlohn

gesetzlicher Mindestlohn (mindestens 7,50 Euro)

gesetzlicher Mindestlohn (mindestens 8,00 Euro)

Wehrpflicht

in jetziger Form beibehalten

Wehrpflicht beibehalten, Modernisierung aber freiwillig

Freiwilligenarmee